



INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Bilanz

Am 12. Mai 1985 entscheiden Sie, ob Johannes Rau Ministerpräsident unseres Landes bleibt und ob erfolgreiche Politik fortgeführt werden kann.

Oder ob nach Bonner Muster ein Herr Dr. Worms und sein „rheinischer Klüngel“ (so JU-Vorsitzender Zulauf aus Brilon) die Reichen reicher, die Armen ärmer machen, das Heer der Arbeitslosen vergrößern, den Umweltschutz verkümmern lassen darf. Besagter Herr hat nämlich erklärt, er halte es mit Bonn und wolle „nicht den Fehler machen, einen landesbezogenen Wahlkampf zu führen“. Messen wir ihn also an seinen Ziehvätern.

Nehmen wir die Arbeitslosigkeit, die seit der „Wende“ um 44% gestiegen ist. Das Wirtschaftswachstum, das angeblich die nötigen Arbeitsplätze schafft, hat zwar 1983 1,3% betragen, war aber vom Verlust von 400.000 Arbeitsplätzen begleitet. Das höhere Wachstum 1984 (2,6%) brachte den weiteren Abbau von 90.000 Arbeitsplätzen und 170.000 Betriebsstellen. Wenn die nordrhein-westfälische Landesregierung in den letzten Jahren nicht mit 1 Mrd. DM die gewerblichen Mittelstandsbetriebe gefördert und etwa ebensoviel für zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze bereitgestellt hätte, sähe die Lage noch düsterer aus.

Vor allem die zukunftsorientierte Produktion technologischer Güter (Mikroelektronik, Glasfaser- und Lasertechnik, Umwelt- und Energietechnologien) ist in NRW stärker als im Bundesdurchschnitt gewachsen.

Nehmen wir die Landwirtschaft. Worms will wohl auch da konsequent Kiechles Politik indirekter Subventionen fortsetzen, die wie die Mehrwertsteuerentlastung zu zwei Dritteln den großen agrarindustriellen Betrieben ebenso nützt wie die Milchquotenregelung. Kleine und mittlere bäuerliche Betriebe dagegen werden an den Rand ihrer Existenzmöglichkeit gedrückt oder gar vernichtet.

Die Landesregierung NRW kauft stattdessen Milchquoten auf und gibt sie an gefährdete Betriebe ab, sie tritt für direkte Einkommenshilfen für solche Betriebe ein.

Durch Ausbau der Fernwärme, Verringerung des Wasserverbrauchs und der Abfallmengen, Ausbau des S-Bahn-Netzes an Rhein und Ruhr, Sanierung der Altlasten schützt NRW die Umwelt und schafft neue Arbeitsplätze. Allein für die Abwasserreinigung hat das Land im letzten Jahrzehnt jährlich ca. 365 Mio. DM ausgegeben.

Nehmen wir die Sozialpolitik der vom CDU-Kandidaten gepriesenen Bundesregierung. Seit der „Wende“ hat sie 75 Milliarden DM Sozialausgaben eingespart. Den Beitragsatz in der Arbeitslosenversicherung hat sie von 4,0% auf 4,6% erhöht, die Arbeitslosenunterstützung um durchschnittlich 25% gekürzt.

Vom Weihnachtsfreibetrag hat sie 100 DM gestrichen, das Weihnachtsgeld beitrags-

pflichtig in der Renten- und Krankenversicherung gemacht. Sie alle haben dies Ende letzten Jahres gemerkt.

Die Bundesregierung hat die Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten erhöht, die Wohngeldanpassung und die Rentenerhöhung verschoben, das Rentenniveau um 8% gesenkt, die Mehrwertsteuer erhöht, das Mutterschaftsurlaubsgeld herabgesetzt. Bei der Ausbildungsförderung hat sie gestrichen. Die Kinderzuschüsse für Rentner hat sie gekürzt, das Konkursausfallgeld von 95% auf 40% reduziert.

Die Folgen kann jeder sehen, der nur sehen will. Mutterschaftsurlaub kann man sich kaum noch leisten, eine familienpolitische Folge dieser Politik der Bundesregierung. In NRW erhalten 31% aller Arbeitslosen keine Arbeitslosenunterstützung mehr, sie werden zu Sozialhilfebeziehern.

Die eingesparten 75 Mrd. DM setzt die Bundesregierung unter Applaus des CDU-Kandidaten dafür ein, die Vermögenssteuer herabzusetzen, die nur von Vermögenden zu zahlen ist. Damit wird sie auch die angekündigte Steuersenkung finanzieren, die zum überwiegenden Teil die Besserverdienenden entlastet. Nur denen kommt auch der „familienpolitische“ Beitrag, die Erhöhung des Kinderfreibetrages, zugute. Familienpolitik für Reiche, während den Rentnern die Kinderzuschüsse gekürzt werden.

Dagegen wendet das Land allein dieses Jahr 2,4 Mrd. DM für familienbezogene Maßnahmen auf, davon 1,6 Mrd. für familiengerechte Wohnungen, 574 Mio. DM für Familiengründung und frühkindliche Erziehung, 26,7 Mio. DM für Sozialstationen und Altenwohnungen, 1.100,- DM je Kindergartenplatz, 10 Mio. DM für die Ausbildungsförderung.

Bei genauer Betrachtung also nimmt die von Worms angerufene Bundesregierung auch in ihrer Familienpolitik nur den Mund voll. Die Landesregierung aber handelt! Alles in allem: Diese Landesregierung sollte bleiben!



Medebachs Fremdenverkehr in der Sackgasse?

Kritik am Reisebüro Ricken aus den Ortsteilen, Lob jedoch aus der Kernstadt. Ricken wiederum beschwert sich über mangelhafte Zusammenarbeit der Ortsteile. Er wird zum 30. 4. 1985 den Vertrag mit der Stadt beenden. Was tun?

Grundsätzlich hält man das Modell privater Trägerschaft nach den Hilchenbacher Erfahrungen für richtig, es fehle hier aber der richtige Mann dafür. Wer ist bereit, die Arbeit fortzuführen?

Die Stadt kann diese Aufgabe jedenfalls nicht wieder übernehmen. Und der Vergleich Medebachs mit Hilchenbach kann auch sonst nur sehr bedingt gezogen werden: Hilchenbach liegt im Gegensatz zu Medebach verkehrsgünstig und hat keine Nachbarn wie Winterberg und Willingen.

Wie also soll es weitergehen?

Der Fremdenverkehrsausschuß soll sich erneut Gedanken zu diesem Thema machen. Seit Jahren schiebt er die Aufgabe, ein Konzept für den Fremdenverkehr zu entwickeln, unerledigt vor sich her.

Die Erwartung der meisten Fremdenverkehrsbetriebe, die Stadt solle in vorderster Linie mit ihrem Geld für die Werbung sorgen, kann wohl nicht des Rätsels Lösung sein. Ähnliche Subventionen könnten dann auch die anderen Gewerbebetriebe verlangen. Vielmehr wird in Zukunft verstärkt Eigeninitiative gefragt sein. Die Stadt aber wird endlich einmal Untersuchungen anstellen müssen, für welchen Personenkreis Medebach als Ferienort infrage kommt. Nur dann ist gezielt Werbung möglich. Hier müssen auch die Fremdenverkehrsbetriebe durch klare Auskünfte mithelfen — in ihrem eigenen Interesse!

Ob und wie die Stadt Geld einsetzt, kann sich erst nach Vorliegen eines mit Fakten belegten Konzeptes zeigen. Bis dahin können sinnvollerweise eigentlich nur punktuelle Einzelmaßnahmen gefördert werden: z. B. die Sonderzugfahrten aus dem Raum Soltau, die geplante Städtewerbung im Raum Bielefeld, Zuschüsse für Eigeninitiativen der Verkehrsvereine. Außerdem sollten auch „Ferien auf dem Bauernhof“ — zugleich als Einnahmemöglichkeit für die Landwirtschaft — verstärkt gefördert werden.

Ein Blick in den Nachbarort Münden zeigt, daß auf diesem Gebiet einiges erreicht werden kann. Die Frage, wie es mit der Koordination der Gästeanfragen und der Gästebetreuung weitergehen soll, wenn das Reisebüro Ricken nur noch für die Kernstadt arbeiten will, ist allerdings nach wie vor ungeklärt.

Es wurde ja schon über „Nachfolger“ gesprochen, aber sind nicht schon wieder Schwierigkeiten vorprogrammiert weil der neue „Verkehrsleiter“ aus dem Ortsteil A stammt, und die Ortsteile B und C die dicken Felle (sprich Feriengäste) dann im Ortsteil A verschwinden sehen?

Fragen über Fragen — und nur wenige Antworten, die Diskussion über eine Verbesserung der Fremdenverkehrssituation im Raum Medebach wird also weitergehen (müssen).

Kanäle — Straßen — Kosten

Die Stadtvertretung hat Anfang des Jahres den Haushalt 1985 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre bis 1988 verabschiedet.

Da der von der Verwaltung vorgelegte Vermögenshaushalt 1985 eine hohe Neuverschuldung vorsah, wurde er im Rat und in den Ausschüssen rigoros zusammengestrichen, so daß erstmals seit vielen Jahren ein Schuldenabbau der Stadt vorgesehen ist.

Kontrovers, und für die SPD nach wie vor unverständlich, ist der von der CDU-Mehrheit durchgedrückte Ausbau des Söhler Weges in Medelon. In ein Baugebiet, für das noch nicht einmal eine Bauvoranfrage vorliegt, sollen 250.000 DM investiert werden, deren Rückzahlung durch Erschließungsbeiträge noch in den Sternen steht.

Während bei gesetzlich vorgegebenen Erhöhungen des Wassergeldes und der Kanalbenutzungsgebühren (das Wasserwerk der Stadt muß sich ohne Steuermittel selber tragen) von Teilen der CDU-Fraktion öffentlichkeitswirksam von nicht mehr tragbaren Belastungen für die Bürger gesprochen wird, sollen hier allein für einen Kanal, in den kaum einer einleitet, 155.000 DM verbuddelt werden. Die SPD ist der Meinung, daß dieses Geld, wenn überhaupt, effektiver und für die Umwelt nützlicher ausgegeben werden kann.

Auch bei anderen für die nächsten Jahre geplanten Maßnahmen im Straßenbau hat die SPD erhebliche Bedenken, insbesondere was Größe und Ausbauform angeht. So sind wir der Ansicht, daß überall dort, wo kein Durchgangsverkehr herrscht, auf teure Bürgersteige verzichtet und in der Art von Wohnstraßen mit verkehrsberuhigenden Elementen ausgebaut werden sollte, um den Anliegern Kosten zu ersparen. Würden, wie in Oberschledorn und Küstelberg vorgeplant, Straßen nach dem bisherigen Standard gebaut, kämen auf einige Grundstücksbesitzer allein für den Straßenbau Anliegergebühren bis zu 50.000 DM zu. Bei den überörtlichen Straßenverbindungen setzt sich die SPD, zusammen mit allen anderen im Rat vertretenen Parteien, mit Nachdruck für eine bessere Verkehrserschließung unseres Raumes ein. Wir legen dabei jedoch Wert darauf, die bisherigen Trassen beizubehalten, um die Umwelt so weit wie nur möglich zu schonen.

Wichtig scheint uns hier besonders der Ausbau der Verbindung Deifeld-Küstelberg zu sein, da es auf dieser Strecke, vor allem im Winter, zu zahlreichen Unfällen kommt. Die SPD wird deshalb für die Kanalleitung in der Deifelderstraße in Küstelberg Mittel beantragen, damit neben der Ortsdurchfahrt Deifeld (für 86 fest geplant) auch von der Küstelberger Seite her mit dem Ausbau der Straße angefangen werden kann.

Hinweise

Arbeitslose junge Wehrpflichtige werden bevorzugt zur Bundeswehr — und in heimatnahe Standorte — einberufen. Dazu konnten wir vom Kreiswehrratsamt erfahren, daß sich im Gegensatz zu anderen Städten aus Medebach kaum jemand melde. Offenbar sind die entsprechenden Veröffentlichungen hier noch nicht recht bekanntgeworden. Wir weisen auf diese — zeitlich befristete — Alternative zur Arbeitslosigkeit deshalb nochmals hin.

Zitat

„Ich habe im Rahmen meiner politischen Tätigkeit nie einen Pfennig für mich selbst erhalten“ (Dr. B. Worms, möchte gern Ministerpräsident werden, in der Rhein. Post vom 26. 11. '84).

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach
Redaktion: Dietmar Bügler, Roninghausen 5,
5789 Medebach
Satz/Druck: Kräling-Druck, Siedlinghausen

Das Katalysator-Chaos

Zur Zeit versucht Innenminister Zimmermann unter Aufbietung aller Kräfte, das Steuer-Verwirrspiel um das schadstoffarme Auto als den großen Durchbruch zu verkaufen. Das Katalysatorauto ist für die Bundesregierung und den Ankündigungsminister eine unendliche Geschichte. Mal sollte es sofort kommen, dann wieder später, dann waren im Gespräch Steuerbefreiungen, Nachrüstungsanreize, Staffellungen nach Hubraum und nach Alter und, und . . .

Angesichts solcher Zickzackkurse weiß der Normalbürger nun wirklich nicht mehr, wie er sich beim Neukauf eines Autos verhalten soll. So ist es auch nicht verwunderlich, daß nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes die Zahl der Neuzulassungen auf den niedrigsten Stand seit 10 Jahren sank. Der den Sozialdemokraten sicher nicht nahe stehende Vorstandsvorsitzende der BMW-Werke, Herr von Kuenheim, sagte unlängst zu diesen Vorgängen: „Man bekommt es mit der Angst zu tun, wenn man daran denkt, daß die Außen-, Finanz- und Verteidigungspolitik genauso betrieben werden könnte, wie die Abgasdiskussion.“

Nach der Bauchlandung mit den Katalysatorplänen der Bundesregierung beginnt man jetzt die EG-weite Einführung des „sauberen Autos“ mit mehr als 2 Litern Hubraum ab 1. Oktober 1988, für Wagen mit 1,4 bis 2 Liter Hubraum gelten die neuen Bestimmungen erst ab 1991, und für Kleinwagen unter 1,4 Liter Hubraum hat man sich gar erst auf das Jahr 1994 geeinigt.

Welche Abgaswerte gelten sollen, weiß man noch nicht, die Steuerersparnis muß unter den Kosten des Katalysators liegen usw. Ist der gute Zimmermann ein Chaos geworden? Über den Streik in der Metallindustrie hat er gejammert. Aber seine Politik hat der Autoindustrie wesentlich höhere Einbußen gebracht — und der Wald stirbt weiter.

Großer Erfolg der SPD bei den Wahlen am 10. März 1985!

Bei den Kommunalwahlen in Hessen am 10. 3. 1985 gelang es der SPD, in vielen Parlamenten wieder stärkste Partei zu werden bzw. ihre gute Stellung weiter auszubauen. Dieser bundesweit festgestellte Trend zeigt, daß die Regierung in Bonn nicht in der Lage ist, die anstehenden Probleme mit der hohen Arbeitslosigkeit und den vielen ungelösten sozialen Problemen in den Griff zu bekommen.

Diese Wahlen sind eine Antwort auf die Unfähigkeit zum Handeln der Regierung Kohl/Genscher!!!

Die Wahlergebnisse bestätigen auch, daß die SPD in den Gemeinden und Städten gute Politik zum Wohle der Bürger in den vergangenen Jahren gemacht hat und dies wurde auch vom Wähler honoriert.

Auch bei der Landtagswahl in NRW am 12. Mai 1985 wird die SPD mit Unterstützung der Bürger in Nordrhein-Westfalen diesen bundesweiten Trend fortsetzen und Johannes Rau wiederum zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen wählen.

Hier einige Wahl-Ergebnisse der Kommunalwahl am 10. 3. 1985 aus den angrenzenden nordhessischen Städten und Gemeinden:

Stadt Frankenberg:		Stadt Korbach:	
SPD	40,1% (35,9)	SPD	45,6% (40,7)
CDU	38,3% (43,6)	CDU	33,3% (42,3)
FDP	8,2% (9,9)	FDP	7,8% (8,8)
FWG	6,2% (6,9)	FWG	8,8% (8,2)
Grüne	7,2% (-,-)	Grüne	4,5% (-,-)

Gemeinde Willingen:		Gemeinde Lichtenfels:	
SPD	38,4% (31,2)	SPD	36,3% (32,5)
CDU	34,7% (42,0)	CDU	29,3% (38,2)
FDP	14,5% (8,6)	FDP	8,7% (10,3)
FWG	12,4% (15,1)	Grüne	7,0% (4,3)

Werden Sie politisch aktiv! Machen Sie mit bei uns, werden Sie Mitglied in der SPD. Falls Sie nähere Informationen wünschen, rufen Sie doch einfach mal bei uns an.
Telefon 8941, 1326 oder 8965.



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Die Sozialdemokraten haben mich für die Landtagswahl am 12. Mai als Kandidat der SPD aufgestellt.

Seit 24 Jahren arbeite ich im Rat der Stadt Brilon.

Als Fraktionsvorsitzender der SPD, aber auch als Mitglied des Kreistages dem ich seit 1969 angehöre, habe ich viel Erfahrungen als Kommunalpolitiker sammeln können.

Mein oberster Grundsatz war und ist: „Alle Bevölkerungsschichten in den kommunalpolitischen Gremien zu vertreten.“

Als alter Gewerkschaftler liegen mir besonders die Sorgen und Nöte der Arbeitnehmer am Herzen.

Meine Arbeit möchte ich auch im Landtag in Düsseldorf fortsetzen.

Mein Ziel: „Die Landespolitik muß allen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Jugend des Hochsauerlandkreises zugute kommen.“

Dafür werde ich mich einsetzen.

Die Arbeitslosigkeit beseitigen, Umweltschutz durchsetzen und praktizieren, dafür möchte ich mit Ministerpräsident Johannes Rau und der SPD-Landtagsfraktion in den nächsten 5 Jahren arbeiten.

Ich bitte um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme am 12. Mai 1985

Ihr Helmut Woyczehowski

Kinderspielplatz

Bereits im vergangenen Jahr wurde von seiten der Verwaltung versprochen, endlich die Entscheidung über den Spielplatz am Klapperhaus zu treffen. Bis heute ist noch nichts in dieser Richtung geschehen!

Wir meinen, daß man die Kinder und Bürger am Klapperhaus nicht mehr länger warten lassen soll.

Bei den regelmäßig stattfindenden Strassenfesten der Interessengemeinschaft Klapperhaus wurde der jeweilige Erlös zurückgelegt für den Bau eines Kinderspielplatzes und den Kauf der dafür notwendigen Geräte.

Von seiten der Stadt Medebach müßte man nur das Gelände zur Verfügung stellen und die Versicherungsfragen klären. Da das Gelände des ehemaligen Lehrschwimmbeckens sowieso schon seit sehr langer Zeit ungenutzt ist, sehen wir überhaupt keinen Grund, warum dieses Gelände nicht der Interessengemeinschaft Klapperhaus für einen Spielplatz zur Verfügung gestellt werden kann.

Der Stadtdirektor hat dem Vertreter der Interessengemeinschaft mit Schreiben vom 12. 9. 1984 versprochen, diese Angelegenheit in der 1. Arbeitssitzung des neuen Rates behandeln zu lassen.

Das ist nicht geschehen!!!!!!

Weil die Haftungsfrage nicht geklärt sei, hat der Stadtdirektor auf unsere Frage geantwortet.

Bei anderen Spielplätzen hat die Stadt die Versicherung übernommen. Warum eigentlich soll dies hier ein Problem sein?

Wir fordern, daß nun endlich diese Angelegenheit im Rat behandelt und entschieden wird und keine weitere Verschleppung eintritt!